

neinbezogen. Die Kritik richtete sich vor allem gegen den österreichischen Landesverweser und gegen die fürstlich-liechtensteinische Hofkanzlei in Wien. Die Monarchie als Staatsform war nie ernsthaft gefährdet.

## 2. Bemühungen um die Anerkennung der Souveränität nach dem Ersten Weltkrieg

Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges hatten Liechtenstein zum Bewusstsein gebracht, dass es für die Erhaltung seines Status als eigenständiger Staat mehr Anstrengungen als bisher unternehmen musste. Die Frage der Anerkennung seiner Neutralität und seiner Souveränität wurde deshalb ein zentrales Anliegen der aussenpolitischen Bemühungen Liechtensteins.

Liechtenstein ging dabei auf verschiedenen Ebenen vor. So sah die liechtensteinische Regierung in der Teilnahme an der Pariser Friedenskonferenz, welche seit Januar 1919 über die Neuordnung Europas tagte, ein wichtiges Instrument ihrer Bemühungen. Vor allem das Fürstenhaus verband damit die Hoffnung, dadurch internationale Anerkennung der Souveränität und der Neutralität zu erreichen. Ein wesentlicher Beweggrund dieser Bestrebungen war die in der Tschechoslowakei bevorstehende Bodenreform und die damit verbundene Haltung der tschechoslowakischen Regierung, welche Liechtenstein nicht als neutralen und souveränen Staat anerkennen wollte.

In der Person des Juristen Emil Beck<sup>4</sup> hatte die Regierung bereits einen geeigneten Vertreter Liechtensteins bei der Friedenskonferenz vorgesehen. Prinz Eduard von Liechtenstein,<sup>5</sup> der Leiter der kurz zuvor errichteten liechtensteinischen Gesandtschaft in Wien, hatte Emil Beck auch schon ein detailliertes Aufgabenheft zukommen lassen. Er riet Emil Beck vor allem, mit dem tschechoslowakischen Minister des Äusseren eine freundschaftliche Verbindung zu suchen.

Am 20. Mai 1919 übermittelte Landesverweser Prinz Karl<sup>6</sup> an die Pariser Friedenskonferenz ein „Memorandum der fürstlichen Regierung“.<sup>7</sup> Adressat des Memorandums war der Präsident der Konferenz, Georges Clemenceau.<sup>8</sup> Die liechtensteinische Gesandtschaft in Wien liess das Memorandum zusätzlich den diplomatischen Vertretungen Schwedens, Grossbritanniens, Italiens, der USA und Deutschlands, sowie dem

» » »

4 Emil Beck (1888–1973), 1919–1933 Geschäftsträger der liechtensteinischen Gesandtschaft in Bern. Siehe dazu: HLS, Band 2, Basel, 2002, S. 137.

5 Prinz Eduard von Liechtenstein (1872–1951), 1919–1921 liechtensteinischer Gesandter in Wien.

6 Prinz Karl von Liechtenstein (1878–1955), vom 13. Dezember 1918 bis 16. September 1920 als Landesverweser Chef der fürstlichen Regierung.

7 *Liechtensteinisches Landesarchiv* (nachfolgend LLA genannt), RE 1919/589, 20. Mai 1919, „Memorandum der fürstlichen Regierung an die Pariser Friedenskonferenz“ (Vervielfältigtes maschinengeschriebenes Manuskript).

8 Georges Clemenceau (1841–1929), französischer Politiker, Ministerpräsident 1917–1920.